



EUROPEAN CENTRAL BANK

PRESSEKONFERENZ
DONNERSTAG, 1. FEBRUAR 2001

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie zu unserer ersten Pressekonferenz des Jahres 2001. Der Vizepräsident und ich möchten Ihnen, wie wir das inzwischen seit mehr als zwei Jahren tun, über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats berichten, an der auch der Präsident der Eurogruppe, Herr Minister Reynders, sowie der EU-Kommissar Herr Solbes teilnahmen. Lassen Sie mich diese Gelegenheit auch dazu nutzen, Griechenland als zwölftes Land des Euro-Währungsgebiets nochmals willkommen zu heißen. Der Präsident der Bank von Griechenland, Herr Papademos, nimmt bereits seit dem 1. Januar 2001 als Mitglied des EZB-Rats an unseren Sitzungen teil.

Der EZB-Rat hat seine regelmäßige Beurteilung der monetären und wirtschaftlichen Entwicklungen und ihrer Auswirkungen auf die Gewährleistung der Preisstabilität im Euro-Währungsgebiet vorgenommen. Dem Beschluss, die Zinssätze unverändert zu lassen, liegt die Einschätzung des EZB-Rats zu Grunde, dass die Risiken für die Preisstabilität auf mittlere Sicht inzwischen etwas ausgewogener erscheinen als Ende des vergangenen Jahres. Faktoren, die Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auf mittlere Sicht darstellen könnten, sind nach wie vor gegeben und werden als solche weiterhin genau beobachtet.

Lassen Sie mich diese Einschätzung etwas näher erläutern. Was zunächst die erste Säule der geldpolitischen Strategie der EZB betrifft, so bestätigten die *monetären Daten* für Dezember 2000 das seit dem Frühjahr des vergangenen Jahres zu beobachtende allmähliche Nachlassen des Wachstums der Geldmengenaggregate. Nach den neuesten Zahlen belief sich der Dreimonatsdurchschnitt der jährlichen Wachstumsraten von M3 für den Zeitraum von Oktober bis Dezember 2000 auf 5,0 % und lag damit geringfügig unter dem Durchschnitt von 5,1 %, der für den Zeitraum von September bis November 2000 zu verzeichnen war. Nach der jüngsten

Abschwächung des Geldmengenwachstums sind die von der monetären Seite ausgehenden Risiken für die Preisstabilität inzwischen zunehmend ausgeglichener geworden. Angesichts der anhaltenden Dynamik des Wachstums der Kredite an den privaten Sektor und der in der Vergangenheit über den Referenzwert hinausgehenden Expansion der Geldmenge M3 ist allerdings noch immer Vorsicht geboten.

Was die Analyse im Rahmen der zweiten Säule angeht, so zeichnet sich mit den allmählich schwächer werdenden Inflationsimpulsen, die aus der vorausgegangenen Entwicklung der Ölpreise und des Außenwerts des Euro resultieren, insgesamt ein ähnliches Bild ab.

Zur Konjunkturlage lässt sich sagen, dass sich die Unsicherheiten bezüglich des *außenwirtschaftlichen Umfelds des Euroraums* erhöht haben, und zwar in erster Linie auf Grund von Anzeichen dafür, dass sich das Wirtschaftswachstum in den Vereinigten Staaten stärker als bisher erwartet verlangsamen könnte. Diese Entwicklung dürfte sich unmittelbar, aber auch mittels eines Übergreifens auf andere Wirtschaftsräume, in einer gewissen Abschwächung der Weltkonjunktur niederschlagen. Das Wachstum des weltweit erzielten BIP in konstanten Preisen, das 2000 einen seit Jahren nicht beobachteten Höchststand erreicht hatte, könnte infolgedessen im laufenden Jahr etwas gedämpfter ausfallen, wird aber immer noch auf einem hinnehmbaren Stand bleiben.

Diese Konjunkturverlangsamung wird sich natürlich auf den Außenbeitrag des Eurogebiets dämpfend auswirken. Das Eurogebiet stellt einen großen Wirtschaftsraum dar, dessen Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen sich lediglich auf rund 17 % des BIP belaufen. Daher wird die *Konjunktur des Euroraums* hauptsächlich von binnenwirtschaftlichen Faktoren getragen. Insgesamt sind die wirtschaftlichen Fundamentaldaten des Euroraums weitgehend günstig geblieben. Zwar hat sich den jüngsten Zahlen zufolge das Wachstum des realen BIP in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres etwas verlangsamt, doch ist das Vertrauen der Industrie und der Verbraucher nach wie vor hoch. Es stützt sich unter anderem auf eine hohe Kapazitätsauslastung und den anhaltenden Rückgang der Arbeitslosenzahlen. Darüber hinaus werden sich im laufenden Jahr die niedrigeren Ölpreise sowie die Senkungen der direkten Steuern günstig auf das Realeinkommen im privaten Sektor auswirken. Somit dürfte das Wirtschaftswachstum trotz der Gefahr einer Verlangsamung des Wachstums des realen BIP auch weiterhin durchaus recht kräftig ausfallen.

Die Entwicklung an den *Anleihemärkten des Euro-Währungsgebiets* steht mit dieser Konjunkturprognose im Einklang. Darüber hinaus wird aus den Inflationserwartungen, die sich aus den Anleiherenditen ergeben, ersichtlich, dass die Finanzmärkte davon ausgehen, dass der

derzeitige Anstieg der Verbraucherpreise nur vorübergehender Natur ist und dass die Preisstabilität mittelfristig gewährleistet wird. Diese Beurteilung dürfte auch durch den jüngsten Rückgang der Ölpreise und die *Wechselkursentwicklung des Euro* seit Ende Oktober 2000 bestärkt worden sein.

Niedrigere Ölpreise und die Aufwertung des Euro haben bereits gewisse Auswirkungen auf die Preisentwicklung gehabt. Im Dezember 2000 ging die Jahreswachstumsrate des *Harmonisierten Verbraucherpreisindex* (HVPI) auf 2,6 % zurück, verglichen mit 2,9 % im November. Eine Bestätigung der jüngsten Entwicklungen bei den Ölpreisen und beim Wechselkurs des Euro dürfte in der kommenden Zeit eine weiteren Abwärtskorrektur der Teuerungsrate des HVPI insgesamt mit sich bringen. Auf kurze Sicht könnte dieser Prozess durch die verzögerten Auswirkungen früherer Importpreisanstiege und möglicherweise auch durch einen vorübergehenden weiteren Anstieg der Nahrungsmittelpreise, der mit derzeit aktuellen Gesundheitsfragen hinsichtlich des Rindfleischverzehrs zusammenhängt, gebremst werden. Daher kann es noch einige Zeit dauern, bis die Teuerung nach dem HVPI wieder unter 2 % fällt.

Trotz der Einschätzung, dass die Risiken für die Preisstabilität sich mittlerweile eher die Waage halten, bestehen nach wie vor potenzielle Aufwärtsrisiken, die kontinuierlich im Auge behalten werden müssen. Dabei handelt es sich in erster Linie um mögliche Zweitrundeneffekte des zuvor verzeichneten Einfuhrpreisanstiegs auf die Löhne sowie um Engpässe und Verknappungen an den Arbeitsmärkten. Auf mittlere Sicht ist es unerlässlich, dass die Lohnentwicklung moderat bleibt.

Ferner ist eine Fortsetzung struktureller Anpassungen geboten. Dies erfordert nachhaltige Arbeitsmarktreformen, eine weitere Liberalisierung der Gütermärkte und eine fortschreitende Integration im Finanzdienstleistungssektor. All dies wird zum Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum beitragen. Ebenso wichtig sind weitere Fortschritte bei der finanzpolitischen Reform und eine fortgesetzte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durch eine Begrenzung des Wachstums öffentlicher Ausgaben. Dabei sollte sowohl eine Rückführung der noch bestehenden Haushaltsdefizite als auch eine steuerliche Entlastung der Unternehmen und privaten Haushalte ermöglicht werden, ohne die Konsolidierungsfortschritte zu gefährden oder zu bremsen.

Alles in allem verfügt das Euro-Währungsgebiet mit dem Euro und der einheitlichen Geldpolitik über einen institutionellen Rahmen, auf Grund dessen es Einflüssen von außen in deutlich geringerem Maß ausgesetzt ist. Innerhalb des Euroraums wird die Gewährleistung von Preisstabilität auf mittlere Sicht zusammen mit weiteren Fortschritten bei den Strukturreformen einen wichtigen Beitrag zur Erzielung eines nachhaltigen, inflationsfreien Wirtschaftswachstums

leisten und damit auch einen weiterhin kräftigen und dauerhaften Aufschwung der Weltwirtschaft unterstützen.

Lassen Sie mich nun das Wort an den Vizepräsidenten übergeben, der Sie über weitere vom EZB-Rat gefasste Beschlüsse unterrichten wird.

Der EZB-Rat hat eine Reihe von Richtlinien eingeführt, die kürzlich von den Gouverneuren der Zehnergruppe genehmigt wurden, wie beispielsweise die Mindestanforderungen der einheitlichen Überwachungs politik des Eurosystems an die Zahlungssysteme. Das Eurosystem wird alle systembedingt wichtigen Zahlungssysteme im Euro-Währungsgebiet im Hinblick auf diese „Grundsätze“ beurteilen und die Ergebnisse dieser Einschätzung der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Was die Angelegenheiten im Zusammenhang mit Euro-Banknoten und –Münzen angeht, möchte ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Zum einen hat der EZB-Rat eine EZB-Richtlinie zur Bargeldumstellung im Jahre 2002 beschlossen. Auf Grund der großen Bedeutung dieser Angelegenheit und der Verantwortung des Eurosystems als Ganzem bei der Sicherstellung einer reibungslosen Bargeldumstellung ist ein rechtlicher Rahmen geschaffen worden. Die Richtlinie wird es allen Beteiligten ermöglichen, sich mit den grundlegenden Regeln vertraut zu machen, die zur Vorbereitung auf die Einführung der Euro-Banknoten und –Münzen befolgt werden müssen. Diese EZB-Richtlinie wird heute auf der Internetseite der EZB und in Kürze im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht werden.

Zum anderen setzte die Werbeagentur Publicis, die damit beauftragt wurde, die EZB bei der Durchführung der Euro-2002-Informationenkampagne zu unterstützen, den EZB-Rat gestern über den derzeitigen Stand der Kampagne in Kenntnis. Den Schwerpunkt dieser Präsentation bildete insbesondere das kreative Konzept der Medienkampagne, die im September 2001 anlaufen wird. Es wurde eine Internetseite zur Euro-2002-Informationenkampagne eingerichtet, deren Inhalt in allen elf Amtssprachen der Europäischen Union abrufbar ist (www.euro.ecb.int). Derzeit enthält die Internetseite einen Abschnitt über die Euro-Banknoten und -Münzen. Weitere Abschnitte werden im Laufe der nächsten zwei Wochen hinzukommen, damit sich Fachleute und die breite Öffentlichkeit auf die Einführung der Euro-Banknoten und -Münzen vorbereiten können. Diese Abschnitte werden im Laufe des Jahres aktualisiert.

Wir sind nun gern bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank

Presseabteilung

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 13 44-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404

Internet: <http://www.ecb.int>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet